



Teure Energie – das ärgert viele

Zentrales Thema des Stadtgesprächs: Wie bleiben Strom und Heizung bezahlbar? Die neue soziale Frage beschäftigt viele WAZ-Leser. Neue Rabatte und Zuschüsse?

Von Andrea Micke

Beim „Stadtgespräch“ im Bert-Brecht-Haus hatten Bürger die einmalige Chance, mit allen sechs Oberhausener Bundestagskandidaten für die Wahl am 22. September zu diskutieren. Ein Thema, das die Gäste von WAZ, VHS sowie „Arbeit und Leben“ besonders bewegte, war die Energiewende – und die zuletzt stark steigenden Kosten für Strom und Heizung.

Die Alstadenerin Marianne Vier kritisierte verärgert zum Auftakt: „Die Kosten der Energiewende werden vor allem auf die kleinen Leute abgewälzt. Wie soll jemand mit 600 Euro Rente immer teurer werdenden Strom bezahlen?“

Strom zu billig für Großkonzerne?

Alle Politiker äußerten zwar Verständnis für diese Sorgen, hielten jedoch die Energiewende weg von Atomenergie und klimaschädlichen Kohlekraftwerken hin zu erneuerbaren Energien im Prinzip für richtig. Sie ließen keinen Zweifel daran, dass damit die Strompreise für alle steigen werden. Gleichwohl forderten alle Kandidaten Entlastung für ärmere Haushalte.

Die rot-grünen Politiker warfen Schwarz-Gelb vor, Betriebe zu Lasten der Bürger bei Stromtarifen zu stark zu begünstigen. Marie-Luise Dött (CDU) rechtfertigte Sondertarife für Firmen aber mit dem harten weltweiten Wettbewerb.

Dirk Vöpel (SPD) sagte: „Energie muss Menschenrecht sein, unabhängig davon, ob jemand das nö-



Die sechs Oberhausener Bundestagskandidaten beim Stadtgespräch von VHS, WAZ und „Arbeit und Leben“. FOTO: ULLA EMIG

tige Kleingeld besitzt oder nicht.“ Seine Vorschläge: „Die Stromsteuer senken und Förderprogramme, die es allen ermöglichen, energiesparende Geräte anzuschaffen.“

Dagegen lehnte Dött den Sozialausgleich für Arme über Strom-Rabatte ab: „Wenn ich ein Brötchen herstelle, dann kostet das eben eine bestimmte Summe.“ Das sei beim Strom genauso. Deshalb sei hier die Sozialpolitik gefordert, etwa über höhere Wohngeldzuschüsse steigende Kosten auszugleichen.

Bärbel Höhn (Grüne) will dagegen Sparanreiz beim Stromverbrauch mit Hilfen für Arme verbinden: „Eine bestimmte Grundmen-

ge an Kilowattstunden sollte billiger sein als der Rest.“ Außerdem sollten Stromkonzerne armen Leuten nicht mehr so schnell den Strom sperren können.

Das Brötchen-Argument Dötts wollte Höhn nicht gelten lassen. „Die Kilowattstunde kostet die Energieversorger auf der Leipziger Strombörse jetzt nur noch vier statt früher acht Cent.“ Dieser Preisvorteil müsse auch beim Kunden ankommen. Dött entgegnete, dies sei nicht so einfach wie Höhn es darstelle. Nur ein kleiner Teil des Stroms werde von den Versorgern an der Strombörse eingekauft, der Rest über langfristige Verträge.

Niema Movassat (Linke) forderte Spartarife und Förderprogramme für energiesparende Geräte. „Jeder zweite Rentner hat weniger als 700 Euro. Immer mehr Menschen wird der Strom gesperrt, weil sie ihn nicht mehr bezahlen können. So ist die Energiewende unsozial.“ Leser Ulrich Scheffler kritisierte, die Strompreis-Explosion sei auf die viel zu starke Subvention von Solaranlagen zurückzuführen. „Rot-Grün hat hier 2003 eine Zeitbombe eingebaut.“ Höhn lobte dagegen, das Fördergesetz sei ein lernendes System. Deshalb sei die Förderung von 56 auf 17 Cent gesunken: „Eine Super-Leistung“.

Verbot beim Fracking gefordert

Umstrittene Schiefergasgewinnung: CDU will Einzelfallbetrachtung. Generelles Nein der Linken

Mit Blick auf die Energiewende stieß Leser Rainer Kurtz (48) eine Debatte über die umstrittene Gasförderung aus tiefen Gesteinsschichten, dem Fracking, an. Marie-Luise Dött (CDU) verteidigte sich gegen die Kritik von Movassat (Linke), dass die Bundesregierung

sich auf keinen Gesetzentwurf gegen Fracking einigen konnte. „Ein Verbot zu fordern, ist Populismus“, sagte Dött. Das Bergrecht erlaube heute Firmen, den Boden unter der Erde zu nutzen. Schwarz-Gelb wolle daher zumindest eine Umweltprüfung vorschreiben.

Dött erntete Unmut aus dem Publikum, als sie sagte, dass bei einer bestimmten Fracking-Methode eingesetzte Gas sei nicht gefährlicher als Streusalz. Höhn bezeichnete Fracking als „extrem problematische Technologie“. Solange die Risiken noch nicht geklärt sei-

en, so SPD-Mann Dirk Vöpel, „wollen wir das nicht“. Pirat Andreas Ronig sprach sich strikt gegen das Fracking aus – und für eine Reform des Bergrechts. Dorothea Dresenkamp (FDP) forderte mehr Untersuchungen zu Fracking, bevor man eine Entscheidung treffe. *stew*